

Das politische Klima

Krieg und Energiekrise verlangen europäische Antworten auf die Klimakrise

Nach Corona und seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich der Kampf um Energie und Ressourcen verschärft. Zugleich ist offensichtlich, dass der Klimawandel unaufhaltsam ist. Klima ist zu einem der zentralen politischen Themen geworden. Viele Optionen werden diskutiert: Atomkraft oder erneuerbare Energien? Technologische Innovation oder radikaler Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft? Unstrittig ist aber: Es braucht gemeinsame politische Lösungen. Endre und Tamás Borbáth untersuchen, was das für die Zusammenarbeit der Staaten in Europa bedeutet.

Endre Borbáth und Tamás Borbáth

Der Klimawandel ist eines der dringendsten Probleme, mit denen Politikerinnen und Politiker in Europa und darüber hinaus konfrontiert sind. Obwohl immer mehr technologische Innovationen verfügbar sind, bleibt die effektive Bearbeitung dieses Problems eine große Herausforderung. Der Ausgleich der Treibhausgasemissionen verlangt Kompromisse – dabei gewinnen die einen, und andere verlieren. Wer das jeweils ist, entscheidet sich daran, welche gesellschaftliche Gruppe die Hauptlast der erforderlichen Transformationen tragen soll. In den daraus resultierenden politischen Debatten geht es nicht nur um Gewichtungen. Der Umgang mit dem Klima wird zu einer Entscheidungsfrage, die politische Parteien, soziale Bewegungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und alle, die sie unterstützen, polarisiert. Diese Dynamik wird noch verstärkt durch die anhaltende Energiekrise, die mit den steigenden Preisen in der wirtschaftlichen Erholung nach Corona entstand und seit dem russischen Angriff auf die Ukraine eskaliert. In diesem Artikel wollen wir eini-

ge Hauptlinien der Debatten um die europäische Klimapolitik nachzeichnen.

Die europäische Klimapolitik ist Teil der mehrschichtigen Governance-Struktur der Europäischen Union. In Politikbereichen wie dem Umweltschutz, die nicht allein auf EU-Ebene geregelt werden, ermöglicht das Subsidiaritätsprinzip ein Eingreifen der EU, wenn die Mitgliedsstaaten ihre Ziele nicht erreichen können. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wiederum schränkt das Ausmaß dieses Eingreifens ein. In diesem Rahmen ist die EU als solche für viele klimapolitische Reformen wie das Emissionshandelssystem oder den European Green Deal zuständig, der Europa als ersten Kontinent klimaneutral machen soll. Die Maßnahmen werden zwischen den Fraktionen des EU-Parlaments und den Mitgliedsstaaten ausgehandelt. In dieser Zwei-Ebenen-Struktur hängt es von politischen Debatten in den jeweiligen Ländern ab, welche Positionen die Mitgliedsstaaten in europäischen Auseinandersetzungen einnehmen.

Mindestens drei Dimensionen strukturieren den politischen Raum der Klimadebatte: die Definition des Problems, der Umfang des Problems und das Tempo der Reaktionen. Auf diesen drei Dimensionen lässt sich der politische Raum abbilden, in dem sich nationale Akteure und europäische Regierungen positionieren und in dem die relativen Gewinne und Verluste angesiedelt sind.

Die erste Dimension betrifft die Problemdefinition, also die Anerkennung der Klimakrise als politisches Handlungsfeld. Der Klimawandel unterscheidet sich von anderen Politikbereichen darin, dass der Handlungsdruck hier oft eher aus internationalen Verpflichtungen als aus innerstaatlichen Ansprüchen erwächst. In vielen europäischen Ländern leugnet eine wachsende Koalition – die überwiegend, aber nicht ausschließlich rechts steht (etwa die AfD in Deutschland oder die Fidesz-Partei in Ungarn) – das Problem und bremst die Auseinandersetzung damit. Der Anteil der Klimaleugner*innen in der Allgemeinbevölkerung bleibt klein, doch klimaskeptische Parteien verankern sich zunehmend in den europäischen Parteiensystemen, und mit ihnen gewinnen Positionen zum Klimawandel an Einfluss auf Wahlentscheidungen. Länder mit historisch niedrigen Emissionen neigen dazu, eher weniger Ressourcen für die Bekämpfung des Klimawandels aufzuwenden. Postkommunistische Länder zum Beispiel erhalten einen Ausgleich für einen Teil



Tamás Borbáth promoviert im Forschungsbereich ELECTIA (Electrical Energy Systems and Applications) der Katholischen Universität Leuven (Belgien) und arbeitet im Forschungsverbund EnergyVille, der den städtischen Raum nachhaltig, energieeffizient und CO₂-neutral gestalten will. tamas.borbath@kuleuven.be

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.



Endre Borbáth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Politische Soziologie der Freien Universität Berlin sowie im Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. Sein Schwerpunkt liegt in der vergleichenden politischen Soziologie. endre.borbath@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

der Kosten, die ihnen durch ihre Beiträge zur Verringerung der aktuellen Emissionen entstehen. Solche Kompensationen sieht unter anderem das Umverteilungssystem des EU-Emissi-

„Mit dem Aufkommen klimaskeptischer Parteien gewinnen Positionen zum Klimawandel an Einfluss auf Wahlentscheidungen“

onshandelssystems vor. Politisch ist das der Versuch, eine Koalition zwischen Ländern mit unterschiedlich hohen Emissionswerten zu schaffen.

Bei der zweiten Dimension geht es um die Reichweite des Problems und damit das Ausmaß der erforderlichen Intervention. Es gibt sehr unterschiedliche Ansichten darüber, ob der Klimawandel als Einzelproblem oder als Teil eines bedeutenderen gesellschaftlichen Umbruchs angegangen werden sollte. Auf der einen Seite steht eine techno-optimistische Tradition, die behauptet, dass es allein mit Innovation möglich sei, zu einer Neutralität der Emissionen zu kommen. Aus dieser Perspektive sind gezielte Eingriffe und umfangreiche Investitionen zur Problembewältigung erforderlich, aber keine Veränderung der herrschenden gesellschaftspolitischen Ordnung. Diese Positi-

Woher soll die Energie kommen, die Europa braucht?
In Mukran auf der Insel Rügen lagern Röhren der Nord-
Stream-Pipeline für russisches Gas.
Foto: © Maurice Weiss/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.



on wird herausgefordert von einem Ansatz der Klimagerechtigkeit. Auf dieser Seite des Felds stehen zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die Friends of the Earth, die den Einsatz für das Klima als Chance dafür betrachten, gesellschaftliche Ungerechtigkeiten in breiterer Front anzugehen. Sie plädieren für den umfassenden Ansatz eines groß angelegten gesellschaftlichen Wandels zur Lösung der Klimakrise. Radikale Bewegungen in dieser Tradition stellen sogar die Annahme infrage, dass es innerhalb der Rahmenbedingungen des kapitalistischen Systems möglich sei, dem Klimawandel effektiv zu begegnen.

Die grüne Bewegung ist gespalten hinsichtlich der Frage, wie weitreichend die Maßnahmen sein müssen und ob sich das Problem des Klimawandels von der umfassenderen Frage des Umweltschutzes trennen lässt. So haben sich die Grünen lange gegen Atomkraftwerke ausgesprochen. Nun mehrten sich allerdings die Stimmen, die argumentieren, dass diese Kraftwerke deutlich weniger umweltbelastend sind als fossile Brennstoffalternativen. Nach einer hitzigen Debatte werden Kernkraftwerke deshalb von der EU als eine Form der grünen

Energie anerkannt und gefördert. Wie heftig und wie häufig diese Auseinandersetzungen sind, zeigt, dass wir beim Klimathema heute vor anderen Herausforderungen stehen als die Umweltbewegung in den 1970er- und 1980er-Jahren.

Die dritte Dimension ist das Tempo der Intervention: Geht es um zügige Reformen oder um schrittweise Anpassungen? Bewegungen wie Fridays for Future zitieren die Berichte des Weltklimarats und sehen die Notwendigkeit, schnell zu handeln, um irreversible Kippunkte zu vermeiden. Andere gesellschaftliche Gruppen – ob sie nun das Problem und das Ausmaß der erforderlichen Reformen anerkennen oder nicht – stellen die Machbarkeit kurzfristiger Maßnahmen infrage und plädieren für eine schrittweise Anpassung an ein sich änderndes Klima. Die Auseinandersetzung ist auch eine über die Kosten: Die einen warnen vor den langfristigen Kosten des Nichthandelns, für die anderen ist ungewiss, was der Nutzen heutiger Investitionen ist. Und es ist eine Generationenfrage: Muss die gegenwärtige Generation die Kosten der Reform tragen, oder werden diese eher zukünftigen Generationen überlassen?

Europaweit gesehen geht es bei Debatten über das Tempo der Maßnahmen letztlich um die Frage der Zulassung erneuerbarer Energiequellen. Insbesondere der Ausbau von Solaranlagen und Windparks wird durch Verzögerungen bei den erforderlichen Genehmigungen erheblich gebremst – Aktivist*innen kritisieren, dass diese Verzögerungen den Übergang der EU zu erneuerbaren Energien maßgeblich behindern. Schnellere Genehmigungen allerdings bedeuten weniger Beratung und weniger Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung, wenn es um große Infrastrukturprojekte geht. Einiges an Widerstand gegen Solar- und Windanlagen stammt gerade aus den Reihen umweltbewegter zivilgesellschaftlicher Gruppen, die sich mit regierenden Parteien zusammenschließen.

Es ist noch zu früh für eine abschließende Bewertung, aber es scheint so, als verschärfe die Energiekrise den Konflikt über den Klimawandel entscheidend – und zwar an zwei Punkten: Erstens wird der Konflikt angeheizt durch die unsichere Versorgungslage, weil sie Investitionen in diversifizierte Energiequellen auslöst. Das Tempo der Reformen ist umstritten, doch die Knappheit der Ressourcen trägt direkt zur Mobilisierung bei. Wie sich das auf den Ausbau erneuerbarer Energien auswirkt, ist allerdings unklar. Denn aufgrund gestiegener Marktpreise werden vormals teure fossile Energieträger zunehmend rentabel. Und die Erneuerbaren werden immer noch, trotz zunehmenden

Drucks, von Genehmigungsfragen ausgebremst. Zweitens bringt die Krise Länder zusammen, die dem Klimawandel und der Notwendigkeit des Umstiegs auf erneuerbare Energiequellen ansonsten ein unterschiedliches Gewicht beimessen – jetzt kommen geopolitische Erwägungen zum Tragen. Polen zum Beispiel war eines der Länder, die sich konsequent gegen strengere europäische Vorschriften gegen den Klimawandel ausgesprochen haben. Zugleich ist es aber auch das Land, das im Zusammenhang mit dem Krieg Sanktionen gegen Russland am stärksten unterstützt. Beides widerspricht sich nicht unbedingt – solange alternative fossile Quellen wie Flüssiggas-Terminals den Energiebedarf des Landes decken können. Doch Länder wie Polen erkennen zunehmend den Wert erneuerbarer Quellen als Alternativen auf dem Weg zur Energiesouveränität.

Die Zeiten, in denen das Thema Klimawandel mit Nischenparteien und Gruppen assoziiert wurde, die wenig Einfluss auf die europaweite Politik hatten, sind vorbei. Klima wird zu einem der zentralen politischen Themen in der Mobilisierung und Politikgestaltung. Klimapolitik ist eingebettet in die Dynamik europäischer Mehrebenen-Governance und schafft neue nationale und internationale Allianzen. Wie Einzelne sich jetzt, in der aktuellen Energiekrise, entlang der zentralen Konfliktlinien positionieren, entscheidet längerfristig über die Chancen für nennenswerte politische Reformen gegen den unumkehrbaren Klimawandel. ●

Literatur

Bongardt, Annette/Torres, Francisco: „The European Green Deal: More than an Exit Strategy to the Pandemic Crisis, a Building Block of a Sustainable European Economic Model“. In: *Journal of Common Market Studies*, Special Issue, 2022, Jg. 60, H. 1, S. 170-185. DOI: 10.1111/jcms.13264.

Borbáth, Endre: „Differentiation in Protest Politics: Participation by Political Insiders and Outsiders“. In: *Political Behavior*, 2023. DOI: 10.1007/s11109-022-09846-7.

Otteni, Cyrill/Weisskircher, Manès: „Global Warming and Polarization. Wind Turbines and the Electoral Success of the Greens and the Populist Radical Right“. In: *European Journal of Political Research*, 2022, Jg. 61, H. 4, S. 1102-1122. DOI: 10.1111/1475-6765.12487.

Plehwe, Dieter: „Reluctant Transformers or Reconsidering Opposition to Climate Change Mitigation? German Think Tanks Between Environmentalism and Neoliberalism“. In: *Globalizations*, 2022. DOI: 10.1080/14747731.2022.2038358.